

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

Datum: 23. Oktober 2018

Beginn: 19:00 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 20:02 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Zweiter Bürgermeister

Zöllner, Rainer

Dritter Bürgermeister

Salcher, Thomas

bis einschließlich TOP NÖ 1

Mitglieder des Stadtrates

Burkhart, Michael

Eger, Christine

Ehm, Rosmarie

Färber, Sabrina

Fruhner-Weiß, Ramona

Hofschuster, Thomas

Hof, Günter

Kamleiter, Karin

Keil, Max

bis einschließlich TOP NÖ 1

Koch, Reinhold Dr.

Leone, Jean-Marie

Olschowsky, Christian

Ostermeier, Maria

bis einschließlich TOP NÖ 1

Ponn, Barbara

Pürkner, Erich

Schemel, Benjamin

Sippel, Dorothea

Stricker, Hans-Georg
Strobl-Viehhauser, Sonja
Unglert, Theresa
von Hagen, Michaela
Weber, Petra
Wiesner, Marga
Winberger, Lydia
Wuschig, Wolfgang

Berufsmäßige Stadträte

Heitmeir, Harald
Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Bock, Katharina

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Gigliotti, Gisella
Matthes, Sigrun Dr.
Sengl, Manfred Dr.

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Aktuelle Viertelstunde	
TOP 3	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters	
TOP 4	Örtliche Bedarfsplanung der Stadt Puchheim nach Art. 7 BayKiBiG	2018/0769
TOP 5	Vermeidung von Kostenexplosionen bei städtischen Bauvorhaben [Antrag der ubp-Fraktion]	
TOP 6	Sporthallen-Neubauten des Landkreises Fürstentum in Puchheim - Kostenübernahme für Schallschutzmaßnahmen einer Traglufthalle	2018/0776
TOP 7	Dienstvereinbarung über die Einrichtung alternierender Telearbeitsplätze	2018/0738
TOP 8	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Die Stadträte Gigliotti, Dr. Matthes und Dr. Sengl seien entschuldigt, sonst seien alle Stadträte anwesend. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Stadtrat Dr. Koch stellte den Antrag Tageordnungspunkt TOP 5 in die nächste Stadtratssitzung zu vertagen, da mangels Bereitstellung des Antrags im Ratsinformationssystem nicht ausreichend Zeit für eine Auseinandersetzung mit dem Thema bestanden habe.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

Weitere Einwände gegen die Tagesordnung gab es nicht.

TOP 2 Aktuelle Viertelstunde

Wortmeldungen gab es keine.

TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters

Der Vorsitzende gab bekannt, dass Umweltbeirat Herr Helmut Müller im August leider verstorben sei und daher Herr Manfred Aurbach als Nachfolger dessen Platz im Umweltbeirat einnehme. Herr Manfred Aurbach sei bereits am 01.10.2014 als Nachrücker durch Stadtratsbeschluss benannt worden.

TOP 4 Örtliche Bedarfsplanung der Stadt Puchheim nach Art. 7 BayKiBiG

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein und betonte den hohen Stellenwert der Kinderbetreuung für die Stadt Puchheim. Erfreulich sei, dass jedes Kind auch tatsächlich einen Platz zugewiesen bekommen habe. Dies sei angesichts wachsender Nachfrage und hohem Zuzug keine Selbstverständlichkeit.

Beschluss

Der „Bedarfsplan für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege in der Stadt Puchheim für das Jahr 2018“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

TOP 5 Vermeidung von Kostenexplosionen bei städtischen Bauvorhaben [Antrag der ubp-Fraktion]

Der Antrag wurde vertagt.

TOP 6 Sporthallen-Neubauten des Landkreises Fürstenfeldbruck in Puchheim - Kostenübernahme für Schallschutzmaßnahmen einer Traglufthalle

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Die Kosten der Begutachtung, welcher Schallschutz für den Vereinssport in der Traglufthalle erforderlich sei, müsste von der Stadt Puchheim übernommen werden.

Stadträtin Wiesner bat als Sportreferentin um Zustimmung des Stadtrats zur Beschlussvorlage, damit den Vereinen sicher ein Sportangebot bis 22 Uhr gewährleistet werden könne. Stadtrat Dr. Koch wies auf unterschiedliche Informationsstände hin und bat um eine Skizze dahingehend, wo die Traglufthalle genau aufgestellt werde, und um Information wer hierdurch eventuell beeinträchtigt würde. Der Vorsitzende antwortete, diese sei auf dem freien Platz zwischen den Schulgebäuden geplant. Stadtrat Hofschuster wies darauf hin, dass das Gutachten klären müsse, ob der Schallschutz tatsächlich erforderlich sei. Die Kosten für Gutachten und Bau seien aber im Vergleich zu den Vorteilen, die für den Vereinssport durch eine mögliche Errichtung entstünden, gering, so dass einer eventuellen Kostenübernahme durch die Stadt schon jetzt zugestimmt werden könne. Stadtrat Pürkner erläuterte, dass im Sinne des Landratsamtes vermieden werden sollte, die Baugenehmigung für das Projekt aufzuheben. Stadtrat Hoiß erkundigte sich nach den geplanten Öffnungszeiten für die Halle. Herr Heitmeir erklärte, dass die Öffnungszeiten bis 22 Uhr noch nicht sicher feststünden, diesbezüglich müsse man gerade das geplante Lärmschutzgutachten durch ein Akustikbüro abwarten. Er bat um eine grundsätzliche Zustimmung des Stadtrates, um möglich handlungsfähig zu sein. Die Kostenübernahme für die Schallschutzmaßnahmen sei nach dem derzeitigen Stand überschaubar. Stadtrat Dr. Koch regte an das Thema in die Bürgerversammlung einzubringen, da viele Bürger von dem Projekt betroffen seien.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt der Kostenübernahme der Lärmschutzmaßnahmen für die Traglufthalle des Landratsamtes zum Zwecke des Vereinssports während des Sporthallen-Neubaus zu.
2. Der Stadtrat ermächtigt den Ersten Bürgermeister eine dahingehende verbindliche Erklärung gegenüber dem Landkreis Fürstentum Bruck abzugeben.
3. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

TOP 7 Dienstvereinbarung über die Einrichtung alternierender Telearbeitsplätze

Stadtrat Leone begrüßte grundsätzlich die Möglichkeit zur Telearbeit, da sie die Vereinbarkeit von Familie und Büro fördere. Er gab bezüglich der Personalentwicklung zu bedenken, sicherzustellen, dass alle Telearbeiter weiter am betrieblichen Leben teilnehmen und gleich behandelt werden, sowie dass die Bindung der Mitarbeiter an die Stadt fortbestehe.

Stadtrat Hofschuster betrachtete die Dienstvereinbarung als grundsätzlich positiv. In vielen Bereichen werde sie voraussichtlich nicht anwendbar sein, zudem setze sie eine Einzelfallprüfung voraus. Er bat darum, dem Stadtrat eine Rückmeldung zu geben, wie die Telearbeit in der Verwaltung angenommen werden wird. Er erkundigte sich, warum die Arbeitszeiten in der Vereinbarung an die des Rathauses angepasst wurden und für die entsprechenden Telearbeiter nicht vollkommen frei wählbar seien.

Herr Tönjes erläuterte, dass die Telearbeit in die betriebliche Arbeitszeit eingebunden sei. Die dienstliche Erreichbarkeit müsse vorbehaltlich abweichender Individualregelungen gewährleistet sein. Die Anbindung an das Rathaus und die persönlichen Beziehungen dürften nicht unter einer Telearbeit leiden, deswegen sei vorgesehen 60 Prozent der Arbeitszeit weiter in Präsenz zu leisten. Damit sei eine soziale Einbindung in das Team sichergestellt. Weiter sei in der Tarifvereinbarung ein Benachteiligungsverbot der Telearbeitnehmer aufgenommen. Auch Führungskräfte könnten grundsätzlich Telearbeit beantragen, gerade für Teilzeitkräfte sei die Telearbeit ein attraktives Angebot. In der Wirtschaft sei die Telearbeit ein bereits weit verbreitetes Arbeitsmodell. Telearbeit könne nur stattfinden, wenn dienstliche Interessen nicht beeinträchtigt werden. Die Tarifvereinbarung sei mit der Personalvertretung abgestimmt und könne jederzeit nachjustiert werden, sollte es erforderlich sein.

Stadträtin Weber erkundigte sich, ob die gesetzliche Unfallversicherung auch am Heimarbeitsplatz gelte. Stadtrat Dr. Koch merkte an, dass in § 4 der erste Satz „Ein besonderer Grund für die Inanspruchnahme von Telearbeit ist nicht erforderlich.“ entbehrlich sei. Stadtrat Pürkner betonte, dass alle

Sachbearbeiter und Führungskräfte für den Bürger stets erreichbar sein müssten. Daher müsste konsequent in die Dienstvereinbarung die telefonische Erreichbarkeit der Mitarbeiter, auch im Internet, aufgenommen werden.

Herr Tönjes erklärte, dass auch die Telearbeitnehmer kraft Gesetzes während der Arbeitsleistung gesetzlich unfallversichert seien. Die Telearbeit solle allen voraussetzungslos ermöglicht werden, daher habe man in § 4 Abs. 1 den ersten Satz aufgenommen, zwingend sei dieser jedoch nicht. Die Erreichbarkeit der Sachbearbeiter in Telearbeit sei gewährleistet, eine technische Umleitung auf ein dienstliche bereits gestelltes Telefon sei problemlos möglich. Stadtrat Leone ergänzte, dass die Führungskräfte die Verantwortung dafür tragen müssten, dass die Telearbeitnehmer als vollwertige Teammitglieder akzeptiert würden. In den Bereichen mit Publikumsverkehr müsse eine ausreichende Besetzung, auch für den Fall von Personalausfällen, sichergestellt sein. Allgemeine Erfahrungswerte zeigten, dass Telearbeit die Produktivität um fünf bis zehn Prozent steige. Stadtrat Hofschuster bezog sich auf § 3 Abs. 1 der Dienstvereinbarung, der einen Antrag für die Telearbeit voraussetze. Damit sei in § 4 Abs. 1 der erste Satz erforderlich, da sonst nicht klar sei, ob und wie der erforderliche Antrag begründet werden müsste. Der Vorsitzende schlug vor in § 4 Abs. 1 S. 2 das Wort „aber“ redaktionell zu streichen. Dies fand allgemeine Zustimmung. Stadtrat Hoiß wies auf die aktuelle Rechtsprechung hin, nach der am Telearbeitsplatz Toiletten- und Küchengänge nicht unfallversichert seien. Einigen Formulierungen in der Vereinbarung würde er nicht begrüßen, da er aber grundsätzlich für die Ermöglichung von Telearbeit sei, werde er ihr zustimmen.

Beschluss

Dem Abschluss der Dienstvereinbarung über die Einrichtung alternierender Telearbeitsplätze wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

TOP 8 Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende gab verschiedene Termine bekannt.

Stadtrat Hoiß erkundigte sich warum die Bauarbeiten am Bolzplatz des JUZ eingestellt worden seien. Herr Heitmeir erklärte, dass bei der Fundamentierung eine Farmwärmeleitung entdeckt worden sei, die jetzt verlegt werden müsse. Angebote hierzu lägen bereits vor, man hoffe noch vor Einbruch des Frosts agieren zu können. Stadtrat Dr. Koch erfragte, warum der Weg am Großen Ascherbach nicht freigegeben worden sei, obwohl der Kunstrasenplatz eingeweiht ist. Herr Schiemann erläuterte, dass

zunächst und vorfristig nur der Kunstrasenplatz eröffnet wurde. Auf Wunsch der Stockschützen wurde der ausgeschriebene Oberflächenasphaltbelag umgeplant. Als Oberflächenbelag sollen Dränbetonpflastersteine verlegt werden. Diese Umplanung, aber auch Bestellvorgänge und die Disposition bei der ausführenden Baufirma seien ursächlich dafür, dass der Weg am Großen Ascherbach aus Sicherheitsgründen noch nicht für die Öffentlichkeit freigegeben werden könne. Der Weg am Großen Ascherbach diene hier als Baustraße und könne erst nach Abschluss der Arbeiten, in ca. zwei Wochen freigegeben werden. Stadträtin Kamleiter bat um Erläuterung warum am Kunstrasenplatz der Seitenstreifen mit richtigem Rasen und Betonplatten unter der Zaunanlage geplant worden sei. Herr Schiemann antwortete, dass die Betonplatten verhindern würden, dass der Rasen in den Zaun wächst. Die Betonplatten würden somit die Pflege der Anlage erleichtern.

Stadträtin Fruhner- Weiß erkundigte sich, was es mit der Baugrube zwischen Takis Taverne und dem Tennisclub auf sich habe. Der Vorsitzende erläuterte, dass hier ein Wassereinbruch in Verbindung mit einem maroden Tunnel zu einem Schaden geführt habe, dessen Kosten aufgrund eines Dienstbarkeitsvertrages vom Tennisclub zu tragen seien. Stadtrat Stricker erkundigte sich wann und wo der Wassereinbruch stattgefunden habe und wie dies in Zusammenhang mit der Absenkung der Asphaltoberfläche stünde. Herr Schiemann antwortete, dass in dem Bereich in dem der Tunnel an das bestehende Gebäude andockt, keine fachgerechte Abdichtung erfolgte, da falsches Dichtungsmaterial verwendet worden sei. Der Vorsitzende ergänzte, man habe lange suchen müssen, um die verursachende Stelle zu finden. Stadtrat Wuschig mahnte die Stadt an, kein blütenweißes Papier sondern, als umweltbewusste Stadt, ausnahmslos graues Recyclingpapier zu verwenden, um mit gutem Beispiel voran zu gehen. Außerdem solle am Ortseingang das Fair-Trade Schild der Stadt anzubringen. Der Vorsitzende antwortete, man habe sich bewusst für Papier entschieden, das einen hohen Recyclinganteil habe. Der Bauhof habe es zeitlich noch nicht einrichten können, die Fair-Trade Schilder anzubringen.

Der Vorsitzende beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates um 20:02 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Katharina Bock

Erster Bürgermeister